



26105 Oldenburg
Altes Rathaus, Zimmer 4
Telefon: 0441 - 235 2686
Telefax: 0441 - 235 2156
E-Mail: cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de

Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg

Ratsperiode 2021-2026/Ausgabe 8 – Newsletter der CDU-Ratsfraktion, ViSdP: Dr. Esther Niewerth-Baumann, Christoph Baak

Ratsreport – Oktober 2023

+++Haushalt: Beratungen beginnen+++

+++Fraktion solidarisch mit Israel+++Lob für Planung an Weser-Ems-Halle

Haushalt 2024: Stadt droht dickes Defizit



Jeder Euro zählt: Die Haushaltsberatungen starten in Kürze. Bild: Andreas Hermsdorf/Pixelio.de

Herbstzeit ist Haushaltszeit. Nachdem die Verwaltung Anfang Oktober ihren Entwurf für den Etat 2024 vorgestellt hat, berät in den kommenden Wochen die Politik über die Zahlen. Diese sind wie erwartet ernüchternd, denn eines hat der Entwurf der Verwaltung bereits gezeigt: Große Spielräume wird es dieses Mal – und vermutlich auch in den kommenden Jahren – nicht geben. Im Gegenteil: Finanzdezernentin Dr. Julia Figura rechnet mit einem Defizit im Ergebnishaushalt von rund 25 Millionen

Euro. Um diese Summe also werden demnach die laufenden Kosten die Einnahmen übersteigen. Auch in der Prognose für die Folgejahre steht ein dickes Minus vor dem Betrag. Schon für das laufende Jahr 2023 hat sich die Situation deutlich verschlechtert. Statt wie geplant bei knapp 9 Millionen Euro dürfte das Defizit bei gut 40 Millionen anzusiedeln sein.

„Wir werden den Rotstift an der einen oder anderen Stelle ansetzen müssen, ohne aber auf wichtige Investitionen für die Zukunft zu verzichten“, sagt CDU-Fraktionschef und haushaltspolitischer Sprecher Christoph Baak, ohne den internen Beratungen vorzugreifen. Denn Mitte November trifft sich die Fraktion traditionell zur Klausurtagung, wo es um die eigenen Positionen zum nächsten Haushalt geht. Eine wichtige Rolle wird dabei die Neuausrichtung der Kulturförderung spielen. Dabei müssen die Beschlüsse für eine fünfjährige Förderperiode gefasst werden. Nach derzeitiger Planung soll der Haushalt am 18. Dezember im Rat verabschiedet werden.

Fest steht jedoch bereits: Die von der Verwaltung ins Spiel gebrachte Erhöhung der Grundsteuer wird es in Oldenburg nicht geben. Fraktionsübergreifend hatte die Politik eine

weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger abgelehnt. „In Zeiten eines angespannten Wohnungsmarktes, hoher Inflation und steigender Kosten halten wir einen solchen Schritt für das falsche Signal“, begründete Baak.

Und auch bei der Tarifierhöhung im öffentlichen Nahverkehr legte die Politik ihr Veto ein. In seiner Ratsrede nahm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien Bezug auf den jüngst verabschiedeten Mobilitätsplan: „Ein wesentliches Element ist die hohe Belastung des ruhenden Verkehrs mit einer von Rot-Grün beschlossenen drastischen Erhöhung der Parkgebühren. Daher wären steigende Ticketpreise das absolut falsche verkehrspolitische Signal gewesen.“ Da die Stadt Oldenburg mit dieser Entscheidung aus dem Tarifverbund VBN ausscheidet, muss der Fehlbetrag von rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr aus dem städtischen Haushalt gezahlt werden, wie Klaukien erläuterte: „Das ist angesichts des drohenden Defizits kein Pappenstiel. Aber wer ja zur Verkehrswende sagt, muss auch die Mittel aufbringen, diese umzusetzen.“

Flagge zeigen – Fraktion erklärt Solidarität mit Israel



Zeichen der Solidarität: Die israelische Flagge weht vor dem Alten Rathaus.
Bild: Oliver Bloch

Den in jeder Hinsicht abscheulichen und menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf die israelische Bevölkerung verurteilen wir als CDU-Fraktion auf das Schärfste. Wir trauern gemeinsam mit den Familien der Opfer und der Entführten. Die israelischen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Es ist daher klar, dass Israel ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf

Selbstverteidigung hat. Bei den Angriffen der Hamas handelt es sich um kaltblütigen Terrorismus, der sich gegen die israelische Bevölkerung richtet und mit nichts zu rechtfertigen ist.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Israel und an der Seite des Staates Israel. Unsere Gedanken sind auch bei unseren Freundinnen und Freunden in unserer Partnerkommune Mateh Asher, die wir noch im August mit einer Oldenburger Delegation besuchten. Sie haben unsere volle Solidarität, wir stehen fest an ihrer Seite. Gleiches gilt gegenüber den Menschen in Deutschland, deren Familienangehörige durch den Angriff der Hamas in Israel ihr Leben verloren haben oder verschleppt wurden. Wir fordern, dass alle Geiseln freigelassen werden und zu ihren Familien und Angehörigen zurückkehren dürfen.

Abschließend möchten wir noch betonen: Wer auf den Straßen in deutschen Städten die Gewalt gegen Zivilisten, die Ermordung von Kindern, Frauen und Männern feiert, tritt wesentliche Grundwerte unseres Zusammenlebens mit Füßen. Dieses Gedankengut ist mit

unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Es versteht sich von selbst, dass wir uns als Gesellschaft einem solchen Fehlverhalten klar und deutlich entgegenstellen müssen und werden.

Das gilt unabhängig davon, aus welcher religiösen, politischen oder weltanschaulichen Richtung die Motivation für dieses Verhalten auch kommen mag.

Unseren israelischen Partnern und Freunden sind wir durch unsere gemeinsamen demokratischen Werte verbunden.

Schalom!

Debatte über Bauprojekte



Der charakteristische Rundbogen bleibt auch nach dem Umbau bestehen. Bild: Thomas Weber/Weser-Ems-Hallen

Uneingeschränkt positiv äußerte sich der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak in der Oktober-Sitzung des Stadtrates zum geplanten Umbau der Weser-Ems-Halle. Deren Gebäude sind in die Jahre gekommen, so dass eine Erneuerung unausweichlich sei. „Die veranschlagte Summe von rund 50 Millionen Euro ist eine Investition in die Zukunft von Oldenburgs Veranstaltungsort Nummer eins, die sich lohnen wird“, sagte

Baak. Er lobte die Geschäftsführung, der es gelungen sei, die WEH gut durch die Corona-Krise zu führen. Der von der Pandemie verursachte Einbruch in der Veranstaltungsbranche habe dort nicht zur Verzweiflung geführt. „Im Gegenteil: Es reifte der Entschluss, die Planung für einen Neubau voranzutreiben.“ Dank der Entscheidung, den Auftrag an einen Totalunternehmer nach dem Prinzip „alles in einer Hand“ vergeben zu wollen, verringere sich das finanzielle Risiko für die Weser-Ems-Hallen GmbH als Auftraggeber und die Stadt als Kreditbürgen.

Zustimmung ja, aber mit einigen Fragezeichen lautete die Devise der Fraktion in der Ratsdebatte über das Energiekonzept des geplanten Sport- und Gesundheitsbades am Flötenteich. „Selbstverständlich ist es richtig, bei einem Schwimmbad mit hohem Energieverbrauch auf erneuerbare Energien zu setzen“, räumte Ratsfrau Petra Awerbeck ein. Unter dem Strich stehen jedoch bereits rund 11 Millionen Euro Investitionskosten für die Umsetzung des Konzepts auf Basis der regenerativen Energieversorgung mit schwimmender Photovoltaik-Anlage und Geothermie. Das sind bereits 1,5 Millionen Euro mehr als der im Dezember 2022 veranschlagte Betrag – macht einen Aufschlag von 15 Prozent. Trotz der hohen Investitionen deckt die Stromversorgung über die PV-Anlagen lediglich 70 Prozent. „Bei allem Verständnis für klimaneutrale Energiegewinnung droht hier ein Fass ohne Boden“,

warnte Petra Awerbeck. Die Vorsitzende des Sportausschusses kündigte schließlich die Zustimmung der CDU an, in der Hoffnung, dass die Eintrittspreise bezahlbar bleiben und ein Schwimmbadbesuch nicht zum Luxus wird.

Kein Lob für neues Logo



Vom Übermorgen ins Vorgestern: Dieser Rückschritt geht manchmal recht schnell. Bester oder eher schlechter Beweis ist das neue Oldenburger Stadtlogo. Der Grafenschild als abkippendes mittelalterliches Wappen löst die sogenannten Bubbles aus der Stadt-der-Wissenschafts-Zeit ab. Kombiniert mit handwerklichen Defiziten im Layout wie der nicht-bündigen Schrift erwies sich das neue Symbol schnell als Flop. Oldenburg in Oldenburg – auch dieser Zusatz fehlt in Zukunft – wurde medial zur Zielscheibe von Satire, Hohn und Spott. Beim Namensvetter aus Holstein hatte man sich ja in früheren Zeiten ohnehin schon grafisch der Skyline bemächtigt. Das ist das Ergebnis eines nicht mehr ganz so neuen Miteinanders eines Oberbürgermeisters, der im Alleingang darauf verzichtete, Expertise bei der Konzeption einzuholen geschweige denn die Öffentlichkeit zu beteiligen. Logisch, dass auch eine Anfrage der CDU-Fraktion zunächst mehrere Wochen ignoriert wurde. Ein Thema kann man schließlich auch aussitzen. Und an den neuen Anblick werden wir uns schon irgendwann gewöhnen. Ist doch Logo!

4



Bild: Volker Mühlenbruch/Pixelio.de

Die CDU-Fraktion wünscht Euch und Ihnen allen schöne und erholsame Herbstferien.

Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Ratsfraktion finden Sie auf unserer Homepage unter www.cdu-fraktion-oldenburg.de oder auf unseren Facebookseiten.